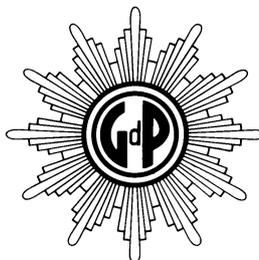


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 5. Oktober 2011

GdP: Einkommenskürzungen bei der Polizei müssen ein Ende haben

Berlin. Als längst überfällig hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die von der Koalition für das Jahr 2012 geplante Rücknahme der Kürzung des Weihnachtsgeldes bezeichnet. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Wir freuen uns, dass die Fraktionen der Regierungskoalition darüber einig sind, diese Ungerechtigkeit gegenüber den Beamten des Bundes endlich zu beseitigen. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes war eine der zahlreichen Sparmaßnahmen, die den Beamten seit Jahren zugemutet werden.“

Die GdP bleibe jedoch nach wie vor bei ihrer Forderung, das Weihnachtsgeld für Beamte wieder in der vollen Höhe eines 13. Gehaltes zu gewähren, wie es bis zum Jahr 1993 gezahlt worden war. Witthaut: „Die Beamten im Bund und in den Ländern haben seit fast zwei Jahrzehnten durch mannigfaltige Einkommenseinbußen ihren Beitrag zu Konsolidierung der Haushalte geleistet. Der wirtschaftlichen Entwicklung, den allgemeinen Einkommenssteigerungen und der gestiegenen Arbeitsbelastung insbesondere der Polizeibeamtinnen und -beamten wäre es mehr als angemessen, die Kürzungen endlich zurückzunehmen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190